

Felix Jaitner

Russlands Kapitalismus

Die Zukunft des
»System Putin«

VSA:



Felix Jaitner
Russlands Kapitalismus
Die Zukunft des »System Putin«

Felix Jaitner, geb. 1986 in Köln, Politikwissenschaftler, promovierte zu Entwicklungskonflikten des russischen Machtblocks.

Felix Jaitner

Russlands Kapitalismus

Die Zukunft des »System Putin«

VSA: Verlag Hamburg

© VSA: Verlag 2023, St. Georgs Kirchhof 6, D-20099 Hamburg

Alle Rechte vorbehalten

Umschlagabbildung: Videokonferenz Putins mit Mitgliedern des Sicherheitsrates der Russischen Föderation am 16. April 2020.

Druck und Buchbindearbeiten: Beltz Grafische Betriebe GmbH, Bad Langensalza

ISBN 978-3-96488-162-5

Inhalt

Einleitung	8
Warum Russland verstehen?	9
Der postsowjetische Krisenraum	11
Die Auflösung der Sowjetunion	12
Die Transformationskrise	13
Russlands Entwicklung im Kontext der postsowjetischen Krisen	15
Neoliberal-nationalistischer Konsens statt demokratischer Sozialismus ..	17
Kapitel 1	
Die sowjetische Vielfachkrise	20
Die ökonomische Krise	23
Die politische Krise	26
Die ökologische Krise	28
Kapitel 2	
Die Wahrnehmung der Krise durch die russische Elite – Die Entstehung einer innerrussischen Opposition	30
Die Problemanalyse der ökonomischen »Reformer«	31
Dissens im Parteiapparat – der Aufstieg Boris Jelzins	37
Der Wandel der Dissidentenbewegung: Von der Isolation zum gesellschaftlich relevanten Akteur	39
Kapitel 3	
Die Auflösung der Sowjetunion – ein notwendiger Schritt zur Durchsetzung des Kapitalismus?	44
Reformen im Unions- oder nationalem Maßstab?	
Das Ende der Perestroika	44
Die Ausgangslage vor dem August-Putsch 1991	49
Der August-Putsch und seine Folgen	51
Die Auflösung der Sowjetunion	53

Kapitel 4	
Die Einführung des Kapitalismus in Russland mittels einer »Schocktherapie« (1992–1994)	59
Die Liberalisierung	61
Die Stabilisierung	66
Die erste Privatisierungswelle (1992–1994)	69
Die sozialen Folgen der Schocktherapie	73
Die neue Handlungslogik der Jelzin-Administration	76
Kapitel 5	
Der Kampf gegen das Parlament 1993	86
Auseinandersetzungen um das ressourcenextraktivistische Exportmodell	86
Die gewaltsame Niederschlagung des parlamentarischen Widerstands	89
Ein neuer Autoritarismus	91
Nationalismus als politischer Faktor	94
Der Konflikt innerhalb der herrschenden Klasse	97
Kapitel 6	
Die Eskalation der Gewalt im Innern (1994–1996)	99
Ethnische Konflikte im post-sowjetischen Raum	100
Der Krieg in Tschetschenien	103
Gewalt als legitimer Bestandteil der Innenpolitik	105
Kapitel 7	
Die zweite Privatisierungswelle (1995–1997)	109
Staatsschulden als Rechtfertigung des wirtschaftlichen Umbaus	109
Der Aufstieg der Oligarchen	112
Die neue herrschende Klasse Russlands	113
Ökonomischer Konzentrationsprozess im Innern und erste Expansions Schritte	116
Der Staat als Lobbyist nationaler Konzerne	117

Kapitel 8	
Die Konsolidierung der Macht durch die herrschende Klasse	122
Der Präsidentschaftswahlkampf 1996	122
Der Eintritt der Oligarchen in die Politik:	
Die Semibankirschtschina	125
Der Nationalismus wird hoffähig	127
Kapitel 9	
Die Finanzkrise 1998 – der drohende Zerfall des russischen Gesellschaftsmodells	132
Die Blütezeit des russischen Finanzkapitalismus	132
Spekulation mit russischen Staatsanleihen	135
Der Staatsbankrott	137
Bewertung der Ereignisse	139
Kapitel 10	
Die Krise als Wendepunkt im Verhältnis zwischen Staat und Kapital – Der Übergang zu Wladimir Putin	140
Die Reformierung der Reform	140
Die Folgen der Wirtschaftskrise für die Oligarchen	143
Der neue Gesellschaftsvertrag	145
Widerstand gegen den neuen Staatskorporatismus	148
Kapitel 11	
Von der Krise in den Krieg – Wohin steuert Russland?	151
Die Rückkehr der Vielfachkrise	152
Der Machtblock rückt nach rechts	156
Der brüchige Krim-Konsens	157
Der postsowjetische Krisenraum	161
Fazit und Ausblick	163
Zeittafel	174
Literatur	175

Einleitung

Der russische Überfall auf die Ukraine wird – so viel ist sicher – Europa und die Welt tiefgreifend verändern. Geplant als eine kurze militärische Intervention sollte ein Regime-Change und die Einsetzung einer pro-russischen Regierung die Bündnisneutralität der Ukraine garantieren. Stattdessen hat der russische Angriff nicht nur die geopolitische Anbindung der Ukraine an den Westen endgültig besiegelt, der Krieg stärkt die Kohäsion innerhalb des westlichen Lagers.

Während die ukrainische Regierung in den ersten Kriegswochen durchaus zu Verhandlungen über den Neutralitätsstatus des Landes bereit war, hat sie diese Position seit dem Stocken des russischen Vormarsches bei gleichzeitig immer brutaleren Angriffen gegen die Zivilbevölkerung und Infrastruktur revidiert. Ermuntert durch die immer umfangreichere militärische Unterstützung der NATO hat der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj wiederholt erklärt, alle besetzten Gebiete einschließlich der Krim zurückzuerobern.¹ Dies wirft die Frage auf, ob ein nachhaltiger Friedensschluss auf absehbare Zeit überhaupt möglich ist. Gegenwärtig ist es nicht auszuschließen, dass die Ukraine auf Jahre hinaus zu einem dauerhaften Kriegsschauplatz mit variierenden »heißen« und »kalten« Phasen wird.

Damit stehen sich 30 Jahre nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes wieder konkurrierende regionale Blöcke gegenüber. Osteuropa – konkret der Balkan – und der postsowjetische Raum werden neben anderen Weltregionen zunehmend zu umkämpften Schauplätzen, in der sich die imperiale Auseinandersetzung manifestiert.² Dies bedeutet auch die Rückkehr zu einer offenen deutsch-russischen Konfrontation. Die von Bundeskanz-

¹ ZDF: Krim, Mariupol, Sjewjerodonezk: Selenskyj will Gebiete zurückerobern, 2022, abrufbar unter www.zdf.de/nachrichten/politik/selenskyj-krim-sjewjerodonezk-bruecken-ukraine-krieg-russland-100.html (letzter Zugriff: 10.1.2023).

² Der nach wie vor ungelöste Konflikt zwischen Serbien und Kosovo könnte Spannungen zwischen Russland und dem Westen genauso befördern wie die Lage in Bosnien. So beschloss der Bundestag Anfang Juli 2022 die Entsendung von 50 Bundeswehrsoldaten im Rahmen der EU-Mission Eufor Althea. Derweil drohte der russische Botschafter in Sarajewo, Igor Kalabuchow, der bosnischen Regierung im Falle eines NATO-Beitritts mit einem ukrainischen Szenario, siehe: RBK: My budem reagirovat: Rossiya prigrozila Bosnii ukraïnskimi scenariem, abrufbar unter: www.rbc.ua/rus/news/my-budem-reagirovat-rossiya-prigrozila-bosnii-1647515142.html (letzter Zugriff: 10.1.2023).

ler Olaf Scholz proklamierte Zeitenwende macht dies unmissverständlich deutlich: Das beispiellose Aufrüstungsprogramm soll die Bundeswehr noch in diesem Jahrzehnt zur »schlagkräftigsten Armee in Europa«³ machen. Die Wiederkehr der deutsch-russischen Konkurrenz hat auch eine ökonomische Neuausrichtung zu Folge: Durch die zunächst von Deutschland und der Europäischen Union und dann von Russland aktiv betriebene Entkopplung von vergleichsweise günstigen Energieträgern wird die militärische Lagerbildung um eine ökonomische Komponente ergänzt – mit ungewissen Folgen für das deutsche Exportmodell.

Die zunehmend expansive russische Außenpolitik ist eine Reaktion des Machtblocks auf die vielfältigen Krisenprozesse in Russland und im post-sowjetischen Raum. Der hier vertretene Ansatz steht nicht im Widerspruch zu dem Argument, wonach die militärischen Interventionen in Georgien (2008), Kasachstan (2021/2022) und in der Ukraine den Versuch darstellten, die hegemoniale Position Russlands im postsowjetischen Raum zu erhalten. Allerdings sind die spezifischen Entwicklungen und innergesellschaftlichen Dynamiken der einzelnen Länder wichtige Erklärungsfaktoren für die wiederkehrenden Konflikte in der Region, so auch für den Krieg in der Ukraine. Sie werden aber sowohl im westlichen Mainstream als auch in der linken Debatte nur unzureichend berücksichtigt.

Warum Russland verstehen?

Die Russland-Berichterstattung – gerade im Kontext des Ukraine-Krieges – wirft häufig mehr Fragen auf, als sie beantwortet: Präsident Wladimir Putin, so der Tenor, regiere autoritär Land und Gesellschaft und werde dabei ausschließlich von imperialen Machtinteressen geleitet.⁴ Eine solche Betrachtungsweise verhindert den Blick auf innergesellschaftliche Konflikte und Dynamiken. Handelt die russische Regierung tatsächlich nur nach imperialen Interessen? Und wenn ja, wie können diese Interessen konkreter bestimmt werden? Sind sie ökonomischer, politischer, kultureller Natur?

³ NTV: Bundeswehr soll »schlagkräftigste Armee Europas« werden, 2022, abrufbar unter: www.n-tv.de/politik/Bundeswehr-soll-schlagkraeftigste-Armee-Europas-werden-article23160774.html (letzter Zugriff: 10.01.2023).

⁴ Bundeskanzler Olaf Scholz erklärte den Abgeordneten im Bundestag, der Überfall auf die Ukraine sei das Resultat des russischen Imperialismus und das »werden wir in Europa nicht akzeptieren«, siehe: Stern: Scholz: Werden Putins »Imperialismus in Europa nicht akzeptieren«, 2022, abrufbar unter: www.stern.de/news/scholz--werden-putins--imperialismus-in-europa-nicht-akzeptieren--31912734.html (10.1.2023).

Die sowohl in der journalistischen Berichterstattung als auch in der wissenschaftlichen Analyse sehr beliebte Personalisierung der Herrschaft in Russland («System-Putin») lässt oft außer Acht, welche Herrschaftsverhältnisse Putin eigentlich repräsentiert. Das Putinsche Regierungsprogramm ist eine spezifische Antwort des Machtblocks auf die Transformationsphase der 1990er-Jahre und die strukturellen Widersprüche des russischen Kapitalismus und weniger Ausdruck eines vermeintlich typischen russischen Autoritarismus.

Die Perestroika (1985–1991) und die 1990er-Jahre sind eine Epoche tiefgreifender gesellschaftlicher Umbrüche und Veränderungen. Sie führten zur Auflösung der Sowjetunion und Einführung des Kapitalismus in allen 15 Nachfolgestaaten. Das bedeutet konkret die Übernahme eines neuen sozioökonomischen Modells, neuer politischer und sozialer Institutionen sowie das Ende des Marxismus-Leninismus als Staatsideologie. Die Aneignung des Mehrwerts erfolgt seitdem überwiegend privat und nicht mehr durch den Staat. Damit einher gehen neue Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse, da im Zuge des Privatisierungsprozesses private Firmen den Staat als Arbeitgeber ablösten. Selbst der Staat wurde als Wettbewerbsstaat restrukturiert. Davon zeugen die weitgehende Aufgabe des sowjetischen Sozialmodells und das neue Verständnis als Lobbyist für russische Konzerne auf internationalem Parkett. Auch die Übernahme marktwirtschaftlicher Rationalitäts- und Profitlogik verdeutlicht diesen Wandel. Die Transformation beschreibt mithin einen gesellschaftlichen Umwälzungsprozess, der in seiner Radikalität historisch einmalig ist.

Zudem fällt auf, dass der Amtsantritt Wladimir Putins zum Präsidenten im Jahr 2000 sowohl in den Medien als auch in der wissenschaftlichen Russland-Forschung oft als Zäsur und Auftakt eines autoritären gesellschaftlichen Umbaus gilt. Dem gegenüber stehen die 1990er-Jahre für eine Ära der Liberalisierung und politischen Demokratisierung.⁵ Diese Argumentation sieht in der Auflösung der Sowjetunion meistens ein demokratisches, emanzipatorisches Moment und die Einführung des Kapitalismus als einen alternativlosen Schritt zum Aufbau einer repräsentativen Demokratie nach westlichem Vorbild. Diesen Ansatz gilt es zu hinterfragen. Denn die autoritäre Entwicklung Russlands setzte spätestens im Jahr 1993 ein, als

⁵ Hierfür stehen beispielhaft: Mommsen, Margareta/Nußberger, Angelika: Das System Putin. Gelenkte Demokratie und politische Justiz in Russland, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2007, hier: S. 9ff. und Shevtsova, Lilia: Bürokratischer Autoritarismus – Fallen und Herausforderungen, in: APuZ, 11/2006, S. 6–13.

die Regierung Jelzin das Parlament durch loyale Truppen beschießen ließ und im Anschluss eine präsidentielle Verfassung durchsetzte. Die entscheidende Konfliktlinie verlief damals entlang der Frage, wie der Übergang zur Marktwirtschaft zu gestalten sei. Das Entstehen autoritärer Herrschaftsverhältnisse in Russland steht folglich in einem engen Zusammenhang mit der Etablierung der neuen Wirtschaftsordnung.

Der heute weitgehend ins Vergessen geratene Konflikt zwischen der Jelzin-Administration und dem Parlament lässt berechtigte Zweifel an der vermeintlichen Einheitlichkeit der russischen Elite aufkommen. Diese ist keinesfalls ein monolithischer Block, sondern ein Mosaik unterschiedlicher Fraktionen aus den staatlichen Eliten (Staatsbürokratie), der Politik (wichtige Vertreter:innen der führenden Parteien und (Lokal-)Politiker:innen), Wirtschaft (den sogenannten Oligarchen) und Kultur (Wissenschaftler:innen, Top-Journalist:innen und Künstler) mit z. T. stark divergierenden Interessen. Die Auseinandersetzung innerhalb der herrschenden Klasse um den künftigen ökonomischen Kurs Russlands zeigen, dass die Ausrichtung des gesellschaftlichen Entwicklungsmodells auch nach der Auflösung der Sowjetunion keinesfalls unumstritten war. Die Einführung des Kapitalismus und die Folgen, die dies mit sich brachte, stehen deshalb in einem engen Zusammenhang mit der Entwicklung der herrschenden Klasse selber. Diese gesellschaftlichen Konflikte und unterschiedlichen Interessen zu berücksichtigen ist zentral, um die Entwicklung Russlands seit der Auflösung der Sowjetunion nachzuvollziehen. Ein solcher Ansatz ermöglicht es, die auf Putin und seinen engsten Kreis reduzierten Erklärungsansätze zu überwinden und nach grundsätzlicheren Entwicklungslinien zu fragen.

Der postsowjetische Krisenraum

Der für viele so unerwartet erfolgte russische Angriff auf die Ukraine verdeutlicht eindrücklich das begrenzte Instrumentarium zur Analyse der Putin-Administration. Dabei sind die Auseinandersetzungen in der Ukraine keinesfalls der einzige postsowjetische Konflikt, noch ist der Verlauf besonders außergewöhnlich. Bürgerkriege, Wirtschaftskrisen, Abspaltungen einzelner Regionen und zwischenstaatliche Kriege prägen seit den 1990er-Jahren die Entwicklung vieler sowjetischer Nachfolgestaaten. Sicherlich müssen in jedem Fall regionale Besonderheiten mitbedacht werden. Allerdings lässt sich durchaus argumentieren, dass die Ereignisse in der Ukraine einem spezifischen Muster postsowjetischer Konflikte folgen, die in der öffentlichen Debatte kaum Berücksichtigung finden.

Der postsowjetische Raum ist von übergreifenden, sich »überschneidenden Krisenphänomenen«⁶ geprägt: Die Auflösung der Sowjetunion und der tiefgreifende politische und ökonomische Transformationsprozess (tiefe Transformationskrise).⁷ Der gewählte Ansatz widerspricht dem wissenschaftlichen Mainstream, demzufolge die Auflösung der Sowjetunion und die Einführung des Kapitalismus notwendige und alternativlose Schritte zur Angleichung an den Westen darstellen. Die einzelnen Krisenphänomene wirken vielmehr stark polarisierend und prägen die Entwicklung eines jeden Staates in der Region bis heute unterschiedlich stark, was die Anfälligkeit durch externe Krisen erhöht. Die nach wie vor existierenden engen politischen, ökonomischen und kulturellen Beziehungen zwischen den sowjetischen Nachfolgestaaten führen dazu, dass die Krisenphänomene eines Landes nicht isoliert betrachtet werden können, sondern ihre Ursache in den spezifischen Konturen der postsowjetischen Gesellschaften haben.

Die Auflösung der Sowjetunion

Die Auflösung der Sowjetunion beruht auf einem Beschluss der Präsidenten der Russischen, Ukrainischen und Belorussischen Teilrepubliken – Boris Jelzin, Leonid Krawtschuk und Stanislaw Schuschkewitsch – während eines Treffens am 8. Dezember 1991, der sogenannten Belowescher Vereinbarung. Dabei trafen sie sich weder im Rahmen eines institutionalisierten Gremiums des Unionsverhandlungsprozesses noch hatten die sowjetische Regierung unter Michail Gorbatschow oder das Parlament (Oberster Sowjet) den Teilnehmern entsprechende Entscheidungsvollmachten erteilt. Die Auflösung der Sowjetunion forcierte eine Sezessionsdynamik, die die Legitimität multiethnischer Staaten bedrohte und die meisten Nachfolgestaaten erfasste. Unter dem Schlagwort die »große Umgestaltung« (great reconfiguration) beschreibt der Kulturwissenschaftler Roger Brubaker einen umkämpften Prozess nachholender Nationalstaatsbildung in Osteuropa und dem postsowjetischen Raum, in dem politische Rechte (Staatsbürgerschaft und -rechte, Sprachgebrauch) und soziale Rechte oftmals entlang

⁶ Vgl. Jaitner, Felix/Olteanu, Tina/Spöri, Tobias (Hrsg.): Crises in the post-Soviet space. From the Dissolution of the Soviet Union to the Conflict in Ukraine. London, 2018, DOI: <https://doi.org/10.4324/9781351234467>. Fortan: Jaitner/Olteanu/Spöri: Crises in the post-Soviet space.

⁷ Ebd.: 5ff.

ethnischer Zugehörigkeit neu definiert werden.⁸ Dabei handelt es sich keinesfalls nur um einen Konflikt der 1990er-Jahre. Eine wichtige Ursache des aktuellen Konflikts in der Ukraine ist die Infragestellung des multiethnischen Charakters der ukrainischen Gesellschaft, was vergleichbaren Konflikten in anderen Ländern der Region (z. B. im Baltikum) eine neue Dynamik verleiht.⁹ Die Entwicklung in der Ukraine folgt damit vergleichbaren Konfliktmustern in der Region und ist in diesem Sinne auch ein typischer postsowjetischer Konflikt.¹⁰ Während die ethnokulturelle Neubegründung der sowjetischen Nachfolgestaaten das Vertrauen in staatliche Institutionen schwächt und damit den Demokratisierungsprozess behindert, lag diese Entwicklung durchaus im Interesse der ethnisch-nationalen Eliten. Diese erhofften sich von der staatlichen Unabhängigkeit eine Stärkung ihrer politischen und ökonomischen Stellung, bspw. indem sie den einsetzenden Privatisierungsprozess zu ihren Gunsten zu beeinflussen hofften.¹¹

Die Transformationskrise

Der Historiker Boris Kagarlitzkij weist darauf hin, dass die Integration der sowjetischen Nachfolgestaaten in den Weltmarkt nicht nur die wirtschaftliche und technologische Abhängigkeit von den kapitalistischen Zentrumsstaaten verschärfte, sondern auch die soziale und regionale Polarisierung innerhalb des postsowjetischen Raums.¹² Eine Folge des wirtschaftlichen Niedergangs war die weitgehende Deindustrialisierung der meisten Staaten mit Ausnahme Belarus, Russlands, Usbekistans und der Ukraine und zunehmende soziale Ungleichheit. In rohstoffreichen Staaten konnte diese

⁸ Brubaker, Roger: Nationalizing states revisited: projects and processes of nationalization in post-Soviet states. In: *Ethnic and Racial Studies* 34(11), 2011, S. 1785–1814. DOI: <https://doi.org/10.1080/01419870.2011.579137>.

⁹ Ekman, Joakim/Duvold, Kjetil: Ethnic divides in the Baltic states: Political orientations after the Russian-Ukrainian crisis, in: Jaitner/Oltenau/Spöri: *Crisis in the Post-Soviet Space*, 2018, S. 121–136.

¹⁰ Jaitner, Felix: Ukraine als Exempel. Der Zerfall der postsowjetischen Gesellschaft, in: *Blätter für Deutsche und Internationale Politik*, Jahrgang 60, Heft 10, 2015, S. 77–84.

¹¹ Vgl. Hale, Henry E.: *The Strange Death of the Soviet Union. Nationalism, Democratization and Leadership*, Harvard University, 1999 oder Rösler, Jörg: Nationalism and Economic Disparities. Lessons from the Dissolution of Yugoslavia and Czechoslovakia and the Secession of the Baltic States, in: *Journal of Contemporary Central and Eastern Europe*, Vol. 18, No. 3, 2010, S. 341–354.

¹² Kagarlitsky, Boris: Disaster Management in Eastern Europe, in: Segert, Dieter (Hrsg.): *Postsozialismus. Hinterlassenschaften des Staatssozialismus und neue Kapitalismen in Europa*, Braumüller, Wien, 2009, S. 159–164.

Entwicklung zwar etwas gedämpft werden, allerdings vertiefte die einseitige Ausrichtung auf den Rohstoffexport für gewöhnlich die technologische Abhängigkeit von den Zentrumsstaaten. Unter den Bedingungen einer nationalstaatlichen Umgestaltung der Gesellschaft, eines anhaltenden wirtschaftlichen Niedergangs, der Verarmung breiter Schichten und der Herausbildung einer neuen herrschenden Klasse waren Demokratisierungsprozesse von Anfang an großem Druck ausgesetzt, zumal am Beispiel der russischen Entwicklung deutlich wird, dass die Herrschenden wenig Interesse an der Konsolidierung demokratischer Institutionen und Prozesse hatten.

Eine autoritäre Konsolidierung politischer Herrschaft und die klientelistische Einbindung gesellschaftlicher Schichten wie in Russland lässt sich seit Mitte der 1990er-Jahre auch in anderen postsowjetischen Staaten beobachten (Aserbaidschan, Belarus, Kasachstan, Turkmenistan, Usbekistan). In Georgien, Kirgisien, Moldawien oder der Ukraine waren die Herrschenden dagegen nicht in der Lage, einen Konsens auszuhandeln, der die politische und ökonomische Entwicklung ihrer Länder langfristig stabilisiert hätte, weshalb die Herrschafts- und Machtverhältnisse deutlich umkämpfter sind. Die Entwicklung der Ukraine ist dabei symptomatisch: Trotz regelmäßiger Proteste gegen Werksschließungen, neoliberale Politik oder Privatisierung im Bildungssektor zwischen den beiden großen Maidan-Protesten 2004 und 2014 blieb eine breite Politisierung des Privatisierungsprozesses, sozialer Ungleichheit und der ungleichen Einkommensverteilung marginal.¹³ Die regelmäßig wiederkehrenden bunten Revolutionen im postsowjetischen Raum führten zwar zu Regierungswechseln. Allerdings ersetzen sie üblicherweise nur eine Fraktion des herrschenden Blocks durch eine andere. Diese können sich hinsichtlich ihrer ökonomischen Interessen, ihrer gesellschaftlichen Verankerung und geopolitischen Ausrichtung durchaus unterscheiden. Als Transformationsgewinner verbindet sie jedoch das Misstrauen gegenüber demokratischen Prozessen.

Auf die tiefe Transformationskrise folgte eine partielle Stabilisierung der gesellschaftlichen Entwicklung ab den späten 1990er-Jahren bis zum Jahr 2008, in der es in den jeweiligen postsowjetischen Nachfolgestaaten unterschiedlich erfolgreich gelang, einzelne Ursachen des anhaltenden Nieder-

¹³ Varga, Mihai: »Working-Class Heresies«: Ideology in Protests of Ukrainian Workers During the World Economic Crisis 2009–2012, in: *Debate: Journal of Contemporary Central and Eastern Europe*, 20:2-3, 2012, S. 107–124.

gangs zu bearbeiten. Die Wucht, mit der die große Krise 2008 zurückkehrte, verdeutlicht jedoch, dass die grundlegenden Widersprüche und Spannungen im postsowjetischen Raum bestehen blieben.

Die Geografen Adrian Smith und Adam Swain argumentieren, dass der wirtschaftliche Einbruch im postsowjetischen Raum nicht nur als ein Resultat externer Schocks verstanden werden sollte. Vielmehr hat die Krisenanfälligkeit der gesamten Region ihre Ursache in den spezifischen Transformationsstrategien der einzelnen Länder nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes und den damit verbundenen geopolitischen Orientierungen.¹⁴ Auch andere Ansätze betonen eine Verschränkung von externen und internen Faktoren zur Erklärung der krisenhaften Entwicklung. Als wichtigste Ursache sehen Jaitner, Olteanu und Spöri den seit den frühen 1990er-Jahren anhaltenden Peripherisierungsprozess des postsowjetischen Raums. Dies äußert sich in der wachsenden politischen, ökonomischen und technologischen Abhängigkeit der Region von den kapitalistischen Zentrumsstaaten und den sich verschärfenden Widersprüchen und Instabilitäten im Innern.¹⁵

Russlands Entwicklung im Kontext der postsowjetischen Krisen

Ausgehend von den skizzierten Krisenphänomenen (Auflösung der Sowjetunion und tiefe Transformationskrise) wird in diesem Buch die russische Entwicklung seit den späten 1980er-Jahren näher analysiert. Der Versuch, sich den aktuellen Konflikten der russischen Gesellschaft aus der jüngeren Vergangenheit heraus zu nähern, mag verwundern. Der Krieg in der Ukraine und die zunehmende Repression in Russland legen jedoch die Vermutung nahe, dass zentrale gesellschaftliche Widersprüche im Verlauf der letzten 30 Jahre nicht gelöst, sondern im Zuge der Transformation versteigt und vertieft wurden. Die radikale Einführung des Kapitalismus mittels einer »Schocktherapie« bildet die zentrale Konfliktlinie in der russischen Gesellschaft der 1990er-Jahre und behindert die demokratische Entwicklung bis heute entschieden. Nach der Auflösung der UdSSR war auch in Russland die Frage des Tempos der Wirtschaftsreformen und die Privatisierung des Staatseigentums höchst umstritten. Sie gipfelte schließlich in der Auseinandersetzung zwischen Parlament und Präsident im Jahre 1993. Die

¹⁴ Smith, Adrian/Swain, Adam: The Global Economic Crisis, Eastern Europe, and the Former Soviet Union: Models of Development and the Contradictions of Internationalization, in: Eurasian Geography and Economics, 51:1, 2010, S. 1–34.

¹⁵ Siehe: Jaitner/Olteanu/Spöri: Crises in the Post-Soviet Space.

undemokratische Auflösung der Sowjetunion und die Niederschlagung des parlamentarischen Protests sind daher zentrale Wendepunkte in der Etablierung eines neuen russischen Produktions- und Gesellschaftsmodells.

Den Ausgangspunkt der Untersuchung bildet die sowjetische Vielfachkrise, die Mitte der 1980er-Jahre ihrem vorläufigen Höhepunkt zustrebte. Sie erfasste verschiedene Teilbereiche der sowjetischen Gesellschaft (Ökonomie, Politik, Ökologie) und trat seit Anfang der 1980er-Jahre als ökonomische Krise in Erscheinung. In einem ersten Schritt (Kapitel 1) soll diese Krise kurz skizziert werden. Das zweite Kapitel analysiert die Wahrnehmung der Krise aus der Sicht dreier unterschiedlicher gesellschaftlicher Akteure (die ökonomischen »Reformer«, Boris Jelzin und seine Anhänger in der KPdSU sowie die liberale Dissidentenbewegung). Gorbatschows Reformprogramm hatte das Ziel, die lang anhaltende sowjetische Krise durch eine gesellschaftliche Demokratisierung und ökonomische Liberalisierung zu überwinden. Jelzin und seine Berater plädierten dagegen für möglichst rasche und tiefgreifende wirtschaftliche Reformen. Gleichzeitig argumentierten sie, dass die Privatisierung des Staatseigentums nur in den einzelnen unabhängigen Republiken nicht aber in der gesamten UdSSR durchführbar sei.¹⁶ Hier wird die Konfliktlinie zu Gorbatschow deutlich, der wirtschaftliche Reformen im gesamten Land anstrebte. Im Zentrum dieses Kapitels steht die Frage, inwiefern diese Krisenwahrnehmung ein gemeinsames koordiniertes Handeln mit Jelzin als Zentrum ermöglichte und zur Formierung eines pro-kapitalistischen Bündnisses führte.

Der Schwerpunkt der Arbeit liegt auf der Analyse der Ära Jelzin, beginnend mit der Auflösung der Sowjetunion (1991/1992) bis zu der ausgehandelten Machtübergabe an Wladimir Putin. Im Mittelpunkt stehen die staatlich kontrollierte und abgesicherte Einführung des Kapitalismus und die Herausbildung neuer Herrschaftsverhältnisse in den 1990er-Jahren in Russland. Innerhalb dieses Zeitraums werden exemplarisch einzelne Ereignisse ausgewählt, die als Schlüsselmomente für die Entwicklung Russlands erscheinen. Dabei wird zwischen zwei Ebenen – einer politischen und einer ökonomischen – unterschieden. Auf politischer Ebene sind diese die Auflösung der Sowjetunion (Kapitel 3), der Beschluss des Parlaments und die anschließende Verabschiedung einer neuen Verfassung im Jahre 1993 (Kapitel 5), der Krieg in Tschetschenien 1994–1996 (Kapitel 6) sowie die Präsidentschaftswahl 1996 (Kapitel 8).

¹⁶ Vgl. Kolesnikov, Andrej: Neizvestnyj Tschubajns, Zaharov, Moskva 2003, S. 66ff.

Die wirtschaftliche Ebene behandelt die zwei Privatisierungswellen (Kapitel 6: 1992–1994 und Kapitel 7: 1995–1997) sowie die Wirtschafts- und Finanzkrise im Jahre 1998 (Kapitel 9). Alle Ereignisse stehen stellvertretend für wichtige gesellschaftliche Konflikte, die mit der Einführung des Kapitalismus in Russland einhergingen. Damit sollen diese Ereignisse nicht einfach historisch nacherzählt, sondern in einen theoretischen Zusammenhang gestellt werden. Den Rahmen bildet, wie bereits oben erwähnt, die Frage nach Lösungsstrategien zur Überwindung der Krise und die Herausbildung von neuen Herrschaftsverhältnissen auf der Grundlage eines neuen russischen Gesellschafts- und Produktionsmodells.

Das 10. Kapitel untersucht den Übergang von Jelzin zu Putin und die gesellschaftlichen Umstände, die diesen Vorgang begleiteten. Darüber hinaus fragt es nach den stabilisierenden Faktoren, auf die sich die Herrschaft Putins stützt. Im Rahmen der erweiterten Neuauflage des Buches wurde ein 11. Kapitel hinzugefügt, das der Rückkehr der Krise in Russland ab 2008 bis hin zum Überfall auf die Ukraine gewidmet ist. Zwar gelang es während der ersten beiden Amtszeiten Putins (2000–2008) die gesellschaftliche Entwicklung zu stabilisieren, die strukturellen Widersprüche des russischen Kapitalismus wurden jedoch nicht effektiv bearbeitet. Im Gegenteil. Ein Blick auf die Struktur des Außenhandels zeigt, dass die Russische Föderation noch abhängiger von dem Verkauf ihrer Ressourcen, vor allem von Öl und Gas, ist als die Sowjetunion. Dieses ressourcenextraktivistische Entwicklungsmodell macht die russische Volkswirtschaft in hohem Maße abhängig vom Verlauf der globalen Konjunktur. Eine öffentliche Debatte um die strukturellen Widersprüche des russischen Kapitalismus ist jedoch nur eingeschränkt möglich, da die Regierung – insbesondere seit den Massenprotesten 2011 bis 2013 – zu einem immer repressiveren Kurs übergegangen ist und sich verstärkt national-konservativen Kräften geöffnet hat, die ihrerseits eine aggressive Außenpolitik propagieren.

Neoliberal-nationalistischer Konsens statt demokratischer Sozialismus

Das vorliegende Buch soll dazu beitragen, die Entwicklung Russlands besser nachzuvollziehen und Antworten auf die Frage geben, warum sich wenige Jahre nach dem demokratischen Aufbruch der Perestrojka autoritäre Herrschaftsstrukturen herausbilden und festigen konnten. Im Zuge der sich verschärfenden geopolitischen Konfrontation und der Rückkehr der offenen deutsch-russischen Konkurrenz erscheint dies umso dringlicher. Nur ein differenziertes Verständnis der russischen Gesellschaft, ihrer Ent-

wicklungsdynamiken und der sie durchziehenden Widersprüche ermöglicht es, eine kritische Position zu den aktuellen Ereignissen einzunehmen. Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes schien der Aufbau eines friedlichen Europas jenseits der imperialen Staatenkonkurrenz möglich. Die russische Invasion in der Ukraine hat diese Hoffnung endgültig begraben. Mit Blick auf die vielfältigen Krisenphänomene, die den postsowjetischen Raum durchziehen, lässt sich jedoch argumentieren, dass der Krieg vielmehr die Folge einer jahrzehntelangen, widersprüchlichen Entwicklung ist, die aufs Engste mit der Auflösung der Sowjetunion und der Einführung des Kapitalismus zusammenhängt.

Lange Zeit herrschte im Westen die Gewissheit, der Fall des Eisernen Vorhangs müsse unweigerlich zu einer Demokratisierung der staatssozialistischen Länder führen.¹⁷ Demnach gehören die repräsentative liberale Demokratie und Kapitalismus unweigerlich zusammen und bilden in gewisser Weise eine Symbiose. Diesem Verständnis nach werden Demokratisierung bzw. demokratische Rechte vor allem auf den formalisierten politischen Entscheidungsprozess bezogen. Dabei handelt es sich aber nur um eine Ebene der Gesellschaft. Das Arbeitsleben bzw. die gesamte Wirtschaftsorganisation, Fragen gesellschaftlicher Reproduktion oder sozial-ökologische Konflikte sind von dieser Frage fast vollständig ausgeklammert. Dieser Glaube konnte durch die realen Erfahrungen in den ehemals staatssozialistischen Ländern nicht aufrechterhalten werden.¹⁸ Osteuropa und der postsowjetische Raum wurden vielmehr zu einem »Labor«¹⁹ für neoliberale Politik – mit tiefgreifenden Folgen. Eine kritische Analyse der ökonomischen Entwicklung seit den 1990er-Jahren schreibt der ungarische Ökonom János Kornai. Die Einführung kapitalistischer Wirtschaftsformen führte ihm zufolge nur bedingt bzw. zu keiner gesellschaftlichen Modernisierung, sondern verstärkte die soziale Spaltung.²⁰ Diese Entwicklung geht oftmals mit einer Stärkung autoritärer Strukturen einher. Der

¹⁷ Dieser Ansatz wurde als »Transition to Democracy« bekannt. Stellvertretend sei genannt: Huntington, Samuel: *The Third Wave: Democratization in the Late Twentieth Century*, University of Oklahoma Press, Norman 1991.

¹⁸ Vgl. Carothers, Thomas: *The End of the Transition Paradigm*, in: *Journal of Democracy*, Nr. 1, Jg. 13, Januar 2002, S. 5–21.

¹⁹ Segert, Dieter: *Osteuropa nach 1989 – ein Labor für die soziale Belastbarkeit unserer Demokratie?*, in: *WISO – Wirtschafts- und Sozialpolitische Zeitschrift des ISW*, Nr. 3, Jg. 33, 2010.

²⁰ Kornai, János: *The great transformation of Central Eastern Europe. Success and disappointment*, in: *Economics of Transition*, Nr. 2, Jg. 14, 2006, S. 207–244.

Philosoph Gaspar Miklos Tamas konstatiert die Herausbildung eines spezifischen osteuropäischen Kapitalismus, den ein neoliberaler-nationalistischer Konsens auszeichnet.²¹

Dennoch ist ein kritischer Zusammenhang zwischen der Einführung des Kapitalismus und der gesellschaftlichen Entwicklung dieser Länder bis heute in der Wissenschaft und im breiten gesellschaftlichen Diskurs marginalisiert. Mehrheitlich dominiert der Glaube an eine Alternativlosigkeit zum tatsächlichen Verlauf der Transformation, der mögliche Alternativen, die in den späten 1980er-Jahren ernsthaft diskutiert wurden und eine realpolitische Option waren, entweder völlig außer Acht lässt oder diskreditiert. Der Politikwissenschaftler Krunoslav Stojaković konstatiert: »Das Einstehen für Sozialstaatlichkeit und mehr noch die kritische Bewertung der kapitalistischen Transformation seit 1990 mit allen damit einhergehenden Enteignungen ehemals gesellschaftlichen Eigentums werden von den VertreterInnen der hegemonialen liberalkapitalistischen Eliten als Ausdruck eines defizitären Demokratieverständnisses abgelehnt.«²²

Diese Immunisierung gegen (kapitalismus-)kritische Ansätze, spiegelt sich auch in dem gesellschaftlichen Diskurs wieder. Kritik an den freien Märkten wird vielmehr als Nostalgie nach dem Vorherigen abgetan. Gleichzeitig zeigt sich am Beispiel der osteuropäischen und postsowjetischen Gesellschaften eine weitere Entwicklung. Trotz der katastrophalen Folgen der Wirtschaftskrise äußert sich die Frustration der Bürger:innen selten in sozialen Protesten, sondern überwiegend in einem Anstieg nationalistischer und rassistischer Bewegungen und Parteien. Die Durchsetzung neoliberaler Politik mit autoritären Mitteln, dies zeigt das Beispiel der osteuropäischen Transformation, gefährdet eine demokratische Entwicklung. Das russische Beispiel sollte uns eine Warnung sein.

²¹ Tamas, Gaspar Miklos: Ein ganz normaler Kapitalismus, abrufbar unter: www.grundrisse.net/grundrisse22/Gaspar_Miklos_Tamas.htm (letzter Zugriff: 10.1.2023).

²² Stojaković, Krunoslav: Sozialdemokratische Zumutungen in Kroatien vor EU-Beitritt 2013: Auch neue Regierung fährt neoliberalen Kurs, Rosa Luxemburg Stiftung, Standpunkte International 07/2012, abrufbar unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_international/Standpunkte_Int_07-2012.pdf (letzter Zugriff: 10.1.2023).